

LESERMEINUNGEN / FORUMSBEITRÄGE

Mobilität

Die Brühe von der Brühe ... macht die Suppe dünn

Frei nach «50 Geschichten vom Hodscha Nasreddin». Auch wenn falsche Aussagen mehrfach wiederholt werden, sie werden dadurch nicht richtiger. Eine Antwort auf die Leserbriefe von Herrn William Gerner vom 13. August und vom 2. Dezember 2020 im «Volksblatt» und im «Vaterland».

Ein Neinsager muss per se noch kein destruktiver Mensch sein! Sind Sie überzeugt, werter Leserbriefschreiber, dass 10 382 Liechtensteiner Nein zur S-Bahn-gestimmt haben, damit Sie bessere Wahlschancen haben? Sie glauben, dass 62 Prozent der Stimmbürger falsch entschieden haben. Oder waren die Argumente doch nicht überzeugend. Unabhängig von Ihrer Sichtweise: Warum vertrauen so viele Menschen nicht (mehr) den verantwortlichen Politikern? Haben sie etwa den Kontakt zum Volk verloren?

Die Wiederholung macht die «Suppe dünn» und verunmöglicht es, Lösungen zu sehen. «Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.» Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich vermutlich einer der wenigen Liechtensteiner bin, der sich neben der amtlichen Planungsgruppe konkrete Gedanken über die Mobilität gemacht hat und ein eigenständiges Modell entwickelt hat. Wenn es gar nicht diskutiert wird, kann es auch nicht beurteilt werden. Ich habe eine umfangreiche und konstruktive Stellungnahme sowohl zum Mobilitätskonzept als auch zur S-Bahn geschrieben. Mehr als konstruktiv arbeiten kann ich nicht tun!

Ihr Vorwurf, werter Schreiben, geht somit ins Leere. Aber angepatzt ist angepatzt und entspricht Ihrer populistischen Rhetorik ohne Substanz. Sie schreiben, bis heute keine Idee gelesen zu haben. Dann haben Sie meine Stellungnahmen nicht gelesen und auch die Broschüre des überparteilichen Komitees «S-Bahn NEIN» an alle Haushalte nicht angeschaut, dort waren auf Seite 4 Ziele formuliert.

Jeder Liechtensteiner hat bei der kommenden Wahl die Möglichkeit, etwas völlig anderes zu wählen, statt mehr vom gleichen Falschen - das das Land nicht weiterbringt. Die DpL wird sich für eine vernünftige Mobilität einsetzen. Dafür stehe ich.

Dr. Norbert Obermayr, DpL-Kandidat, Auf Berg 44, Mauren

Neue Konzession an die ÖBB

«Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 15. Dezember 2020 der ÖBB-Infrastruktur AG eine neue Konzession für den Bau und Betrieb der Eisenbahninfrastruktur erteilt», hiess es in einer knappen Pressemitteilung vorgestern Dienstagabend. Was genau in diesem Vertrag der ÖBB zugestanden wird, weiss niemand - vielleicht nicht einmal die Regierung - so recht. Der Regierung hätte mindestens seit der S-Bahn-Abstimmung Ende August klar sein müssen, dass eine Konzessionsverlängerung oder -er-

Haus Gutenberg COVID-19: Wie die Pandemie die Gesellschaft verändert

ALZERS Die Coronakrise hat unser Leben massiv eingeschränkt. Vieles, was bisher selbstverständlich war, ist nicht mehr oder erfordert aufwändige Schutzmassnahmen. Die meisten haben sich schnell an die neue Normalität gewöhnt. Es ist offen, wie sich die Pandemie langfristig auf die Gesellschaft auswirkt. Wer sind die Gewinner und Verlierer der Pandemie? Wie verhalten sich die gesellschaftlichen Werte und -prioritäten in welchen Bereichen? In 28. Januar in Haus Gutenberg (Foto: ZDF/Haus Gutenberg)

In mir am schnellsten Karin Frick hat sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt und Antworten geben. (9)

Die Verantwortlichen des Hauses Gutenberg bitten um Anmerkung bis 22. Januar.

Advertisement for 'Amtliche Kundmachungen' (Official Notices) from the Fürstentum Liechtenstein, including information about a referendum on state contracts.

Mühle nun ein Fall für die Regierung

Reaktion Der Kampf um den Erhalt des Landgasthofs Mühle geht in die nächste Runde. Gegen den Entscheid des Vaduzer Gemeinderats hat Anita Mathis-Frommelt Beschwerde bei der Regierung eingeleitet. Das zuständige Ministerium prüft den Fall.

VON HOLGER FRANKE

«M» eine Unterredung mit Karin Frick, die die Mühle abgebrochen wird, machte Anita Mathis-Frommelt am Montag gegenüber dem «Volksblatt» einmal mehr deutlich. Gegen den Entscheid des Vaduzer Gemeinderats, ihre Initiative zum Erhalt und zur Verpachtung des Landgasthofs Mühle in Vaduz als unzulässig zu erklären, hat Mathis nun Beschwerde bei der Regierung eingeleitet. «Ich hoffe, dass es einen positiven Entscheid der Regierung gibt, denn alle Unrentierler wünschen sich, dass es zu einer Abstimmung kommt, damit die Bürger entscheiden können», so Mathis-Frommelt. Eine Prognose über die Erfolgsaussichten möchte sie allerdings nicht abgeben.



Gegen den Abbruch der «Mühle» regt sich weiter Widerstand. (Foto: H. Zangewald)

«Viel Rückhalt erhalten» Wie im Gemeinderatsprotokoll der Gemeinde Vaduz vom 17. November erinnert wird, ist der Beschluss des Gemeinderats vom 18. August 2020, aufgrund des Nichtzustandekommens des Referendums rechtskräftig geworden. Die Initiative Mathis habe aber denselben Inhalt und Ziele auf dem Protokoll. Im Übrigen sei auch dasselbe Ergebnis wie das nicht zustande gekommene Referendum abgesehen. Sie richte sich gleichermassen gegen den rechtskräftigen Beschluss des Gemeinderats vom 18. August 2020. Die Initiative Mathis sei daher gemäss Gesetzgebung nicht zulässig und vom Gemeinderat mit Beschluss als gesetzwidrig zurückzuweisen.

ne den Höchstbetrag im Sinne von Art. 41 Abs. 1 GemG überschreiten, und damit referendumsfähige Angelegenheit handelt, begründete die Gemeinde Vaduz ihren Entscheid. Für Anita Mathis-Frommelt ist dies jedoch kein Grund, kampflos aufzugeben. «Die Bürger können nicht verstehen, weshalb die Mühle abgebrochen werden soll. Ich habe auf viel Rückhalt erhalten, von Menschen, die ich gar nicht kenne. Allen liegt am Herzen, dass das architektonisch wertvolle Gebäude erhalten bleibt.»

Aussichten derzeit ungewiss Bürgermeister Manfred Bischof bestätigte am Montag, dass eine entsprechende Beschwerde eingegangen ist. Diese werde nun analysiert. «Deshalb kann ich derzeit noch nicht mehr dazu sagen», so Bischof. Anfeuert der Regierung wird sich nun das Ministerium für Inneres mit der Angelegenheit befassen. «Schwerwiegende werden von der Kollegialregierung erlassen, hierfür es am Montag dort auf anfragehaltenden Verfahren, so auch vorliegenden Fall, könne allerdings keine Auskunft erteilt werden.

Advertisement for ALBATROS ENTERPRISES Trust reg., Vaduz, and HE GRABHER CONSULTING AG, Vaduz.

Am 9. Dezember berichteten wir über die Fortsetzung der «Mühle»-Saga.

neuerung nicht unbedingt dem Volkswillen entspricht. Befremdend ist auch, dass viele Themen im Dezember-Landtag dem kommenden Landtag und der kommenden Regierung übertragen wurden. Um schwierige Themen sollen sich also die anderen kümmern. Nach mir die Sintflut, so das Motto der abtretenden Regierung. Aber genau diese Konzession, für welche man wirklich noch Zeit gehabt hätte, wird nun im Eilverfahren durchgewunken. Wurden die zwei Landeszeitungen im «S-Bahn»-Abstimmungskampf mit Ja-Parolen geradezu überflutet, ist der Regierung diese Meldung gerade mal eine kleine Randnotiz wert. Hier zeigt sich wieder einmal, wie weit die Regierung von der Bevölkerung entfernt ist.

Wir dürfen die Konzessionsvergabe nicht einfach so hinnehmen. Nicht zuletzt deshalb, weil die meisten von uns die nächsten Konzessionsverhandlungen nicht mehr miterleben werden. Caspar Hoop, Gregor Ott, Pio Schurti, Ado Vogt, Adi Wohlwend, Landtagskandidaten der du - die Unabhängigen

Mühle Vaduz Endgültigen Entscheid den Bürgern überlassen

Gute Nachricht: Das «Hagen-Hus» in Nendeln wird saniert. Das zeigt Weitsicht, Bürgernähe, Hoffnung für die Zukunft, Anstand, Respekt für die Vergangenheit. Unbegreifliche Nachricht: Der Gemeinderat von Vaduz hat den Abbruch der «Mühle» in Vaduz beschlossen. Viele Leserbriefe haben nun gezeigt, dass dieser Beschluss nicht nach Bürgerwunsch erfolgte, obwohl die «Mühle» Bürgereigentum ist und nicht Eigentum des Gemeinderates. Persönlich habe ich den Bau der «Mühle» erlebt. Nun soll diese verschwinden, ohne dass der Bürger

gefragt wird? Die «Mühle» benötigt keine Sanierung wie das «Hagen-Hus». Der Gemeinderat und der Bürgermeister von Vaduz würden Grösse und Vernunft zeigen, den endgültigen Entscheid den Bürgern durch Abstimmung zu überlassen.

Giorgio Endrizzi, Schwefelstrasse 28, Vaduz

Grundsätzliches Mein Wunschzettel

(Nachfolgend die unzensurierte Version des Leserbriefes vom 15. Dezember im «Vaterland») Liebes Christkind, ich wünsche mir: ... dass in unserem Land, sowohl in der Politik wie auch in der Wirtschaft, mehr Frauen auf Augenhöhe mit den Männern unsere Zukunft gestalten, und dass das auch ohne Quote möglich sein sollte. Bitte flüstere das auch den CEOs und Vorstandsmitgliedern in den Chef-Etagen ins Ohr. ... dass mehr Transparenz auf Regierungsebene und auch im Landtag praktiziert wird. Damit auch wir «normalen» Bürger den Durchblick haben. ... dass die «Vetterli»-Wirtschaft in den politischen Parteien endlich verschwindet und der Vergangenheit angehört. ... dass man endlich auch unsere Senioren und Seniorinnen und deren Bedürfnisse mehr berücksichtigt und ihnen dadurch unsere Dankbarkeit zeigt. Sie haben nämlich den Grundstein zu unserem heutigen Wohlstand gelegt. ... dass die Regierung etwas restriktiver mit unseren Staatsfinanzen umgeht und zurückhaltender beim Geldausgeben wird. Investitionen in kosmetische Verschönerungen und monumentale Bauten sind im Moment nicht prioritär. «Spare in der Zeit, so hast du in der Not», haben uns schon unsere Eltern und Grosseltern beigebracht. Vielleicht brauchen wir unsere «Notgroschen» schon bald bei der dritten Welle? ... dass wir Liechtensteiner die Verbindung zu unserer Kultur nicht ver-

lieren und ein bodenständiges, menschliches und stolzes Völklein bleiben.

... dass unsere Regierungs- und Landtagsmitglieder das Ohr näher am «gewöhnlichen Volk» haben und nicht mehr versuchen, uns für dumm zu verkaufen.

... und, liebes Christkind, vielleicht kannst du mir erklären: Warum werden bei der Landesverwaltung für 2021 plötzlich 40 neue Stellen geschaffen, wo man doch schon 2019 mehr als 50 Mitarbeiter angestellt hat? Ob das vielleicht mit den kommenden Landtagswahlen im Februar zu tun hat (Stimmenfang)? Mit über tausend Beamten haben wir doch schon jetzt einen unverhältnismässig aufgeblasenen Staatsapparat. D. h., prozentual verdienen ca. 2,5 Prozent unserer Bevölkerung ihren Lohn beim Staat (vielleicht sollte man noch zusätzlich einen Mitarbeiter für die MFK einstellen, um endlich einmal in den seltenen Genuss einer telefonischen Auskunft zu kommen, ohne sich die Finger wund wählen zu müssen). Liebes Christkind, ich weiss, dass du nicht alle Wünsche erfüllen kannst. Aber ich wäre schon zufrieden, wenn ein paar davon in Erfüllung gehen würden! Gesegnete Weihnachten wünscht dir und allen Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen.

Herta Kaufmann, Bildgass 64, Schaan

Familienpolitik Mit der IG Elternzeit: Eine Tür tut sich auf

Erfreulich, dass in der letzten Landtagsitzung des Jahres und der Legislaturperiode das Thema bezahlte Elternzeit im Rahmen einer entsprechenden Interpellationsbeantwortung diskutiert wurde. Einige Abgeordnete äusserten sich dazu, wie die mindestens viermonatige (von beiden Elternteilen zu beziehende) vergütete Elternzeit finanziert werden könnte. Eine Gruppe engagierter junger Väter hat eine Interessensgemeinschaft (IG Elternzeit) ins Leben gerufen und will bis Ende dieses Jahres im Austausch mit anderen in der Familienpolitik erfahrenen Organisationen konkrete Vorschläge erarbeiten, wie diese Elternzeit ausgestaltet sein könnte. Ausserdem veröffentlichte das Ministerium für Gesellschaft Ende November den Bericht zur Familienpolitik der gleichnamigen Arbeitsgruppe (nachzulesen auf der Webseite der Regierung). Gestützt auf die Ergebnisse der 2018 erfolgten Onlinebefragung werden in vier Bereichen (bezahlte Elternzeit, bezahlbare Kinderbetreuungsangebote, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und familienpolitische Rahmenbedingungen) strategische Ziele und mögliche Massnahmen aufgezeigt. Rechtzeitig vor dem Legislaturwechsel von der Regierung noch zur Kenntnis genommen, wird darauf hingewiesen, dass es der zukünftigen Politik obliegt zu bestimmen, «welche Massnahmen mit welchem Zeithorizont» sie umsetzen will. Gute Überlegungen stellt die Arbeitsgruppe an und schlägt zahlreiche Massnahmen vor, wie zum Beispiel bezahlter Vaterschaftsurlaub und bezahlte Elternzeit, Verlängerung der Blockzeiten, bessere Ab-

stimmung der verschiedenen Betreuungsformen, flexible Arbeitszeitmodelle, bessere Altersvorsorge nicht erwerbstätiger Elternteile. Schön, es tut sich was in Sachen Familienpolitik! Ob nur auf äusseren Druck hin oder weil doch langsam ein Bewusstseinswandel in Gang kommt, ein Umdenken, was familienpolitische Vorstellungen angeht. Schliesslich führt kein Weg daran vorbei, die EU-Richtlinie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige bis Sommer 2022 umzusetzen. Eine Tür tut sich auf. Nutzen wir die Chance, lassen wir frischen Wind hereinstürmen und nicht wieder einen weiteren nützlichen Bericht in der Schublade verschwinden. Genügend Anregungen und Vorschläge wären da. Dies nicht nur als Auftrag an den neuen Landtag und die neue Regierung, sondern an uns alle!

Vorstand Frauennetz

Wahlalter 16 Kurzes Best-Of aus der Jugendrat-Arena zum Thema Wahlalter 16

Einige bemerkenswerte Wortbeiträge der jungen FBP an der Jugendrat-Arena haben es leider nicht in die Zeitungen geschafft. Deshalb wollten wir sie hier noch mal kurz aufarbeiten und auch jenen zur Verfügung stellen, die sich vielleicht nicht die ganzen 48 Minuten der Diskussion ansehen konnten oder wollten. Die erste Aussage kommt von Nigel Fuchs. Dieser meinte, wir - die Junge Liste - würden mit unserem Anliegen den Landtag und die Regierung nur unnötig beschäftigen, ihnen also einen grossen Zeitaufwand einbringen, der am Ende nicht viel bringen würde. Das ist dahingehend bemerkenswert, als dass das einzige wirkliche Gegenargument der jFBP darin bestand, dass die Jugend zu manipulierbar sei, um mit 16 schon eine «gute politische Meinung» zu haben, so Simon Büchel, der Präsident der jFBP. Also was jetzt? Sind die 3 Prozent der Wählerschaft, die die 16- und 17-jährigen darstellen würden, ein vernachlässigbarer Teil der Gesellschaft und nicht den Aufwand wert oder stellen sie eine echte Gefahr dar, sodass man sie auf keinen Fall wählen lassen dürfte? Beides geht nicht. Die wichtigere Botschaft sendete allerdings Simon Büchel selbst. Auf die Frage hin, wieso die jFBP nach 5 Jahren ihrer Existenz noch keinen Vorstoss in dieser Art (Petition, Initiative o. Ä.) unternommen hätte, meinte Büchel, dass sich die jFBP in der (un-)glücklichen Lage befände, die Jugendsektion der Regierungspartei zu sein. Für ihn würde dies bedeuten, dass «es alles [was er will], schon gibt». Das bedeutet für uns zweierlei. Zum einen macht das für uns verständlich, wieso die jFBP trotz Mangel an Kritik an der Sache selbst gegen ein Wahlalter 16 ist - nämlich wegen der grundsätzlichen Verteidigung des Status quo. Zum anderen zeigt es aber noch etwas viel Interessanteres: Wer jung ist und wirklich Politik gestalten will, mitmachen will, und etwas verändern will, der sollte nicht zur jungen FBP. Kommt besser zur JL. ;)

Junge Liste

